

Bezirksausschuss des 16. Stadtbezirkes
Ramersdorf-Perlach



Landeshauptstadt
 München

Vorsitzender
 Thomas Kauer

Landeshauptstadt München, Direktorium
 Friedenstraße 40, 81660 München

Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration,
Stab Steuerungsunterstützung
Beschlusskoordination S - III - L/S-B

per E-Mail an:
 beschluesse-s3.soz@muenchen.de

Geschäftsstelle:
 Friedenstraße 40, 81660 München
 Telefon: (089) 233-614 -87 / -81
 Telefax: (089) 233-61485
 E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

München, 27.10.2023

Ihr Schreiben vom 19.10.2023

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
 4.4.1 / 09.11.2023

Stadtweites Verfahren BA: Unterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11152; Frist: 25.10.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11152 gebe ich nach Beratung im Vorstand des Bezirksausschusses 16 Ramersdorf-Perlach folgende Stellungnahme nach § 20 BA-Satzung ab.

Vorbemerkung:

Die extrem verkürzte Frist für eine Stellungnahme ist angesichts der Bedeutung der Vorlage nicht nachvollziehbar. Offenkundig laufen die Planungen für neue Unterkunftsanlagen bereits deutlich länger und eine fast vierwöchige Vorlaufzeit zur Sitzung des Sozialausschusses gegenüber einer fünftägigen Rückmeldefrist für die Bezirksausschüsse mutet wie Hohn an. Bedauerlich ist auch, dass auf eine beantragte Fristverlängerung nicht reagiert wurde.

Zur Vorlage selbst:

Die Vorlage beschreibt im Einleitungsteil besorgniserregende Entwicklungen, wenn auf die Belastungsgrenze des gesamten Aufnahmesystems und die zunehmenden Engpässe in der Kita- und Schulversorgung hingewiesen wird. Nicht verkennend, dass eine die Kommunen entlastende Steuerung der Migration auf Bundesebene zu erfolgen hat, ist es dennoch bedauerlich, dass auf diese einleitenden Bemerkungen bei den Standorten keine konkreten Äußerungen folgen, wie sich die Situation vor Ort darstellt oder wie Engpässen dort begegnet werden soll. Es sind nämlich genau die Fragen der Betreuung und Integration, die bei der Ausweisung neuer Standorte gesellschaftlich diskutiert werden. So lässt die Vorlage insbesondere Aussagen zur Kita-Versorgung vermissen, vgl. unten.

Hinsichtlich des Unterkunftsanlagenstandorts Ottobrunner Straße (ehemals Woferlstraße) ist daran zu erinnern, dass er von erheblichem Bürgerprotest begleitet war, der nur durch die Moderation der ehemaligen Dritten Bürgermeisterin Christine Strobl und des Bezirksausschusses aufgefangen werden konnte. Zur Lösungsstrategie zählten damals der Bau einer Lärmschutzmaßnahme zur Autobahn und eine eigene Zuwegung zur Ottobrunner Straße. Diese Maßnahmen trugen seither wesentlich zur Akzeptanz und zum Gelingen der Anlage bei. Vor diesem Hintergrund kann der Entfristung der Anlage zugestimmt werden. Dringend gelöst werden

muss allerdings das dem Sozialreferat bereits bekannte Problem des für die Nachbarschaft belastenden Transformatorenlärms an der Grenze zum Grundstück Wofelstraße 15.

Mit Blick auf die Erweiterung der Anlage bleiben Fragen offen, die in der Kürze der Zeit, die für diese Stellungnahme eingeräumt wurde, trotz entsprechender Bemühungen nicht geklärt werden konnten, gleichwohl im Vorstand aber intensiv diskutiert wurden: So steht etwa ein Drittel der aktuellen Unterkunft derzeit wohl wegen eines Wasserschadens nicht zur Verfügung. Nach Erkundigungen von Vorstandsmitgliedern weiß der aktuelle Träger der Betreuung zudem nichts von den Erweiterungsplänen. Ehrenamtliches Engagement ist nicht mehr (im damaligen Ausmaß) zu erwarten, der frühere Helferkreis existiere nicht mehr. Die angegebene Belegung mit Geflüchteten trifft keine Aussage, ob hier auch Familien untergebracht werden sollen. Jenseits der Belegung der Unterkunft selbst, stellt sich die o.g Frage der Kita-Versorgung aber hier im Besonderen, da im Bereich bzw. im Umfeld der jetzigen Erweiterungsfläche eine Kindertagesstätte vorgesehen ist oder war. Hier sind die Auswirkungen der Planungen unklar.

Ebenso offen ist die Genehmigungsfähigkeit, da bei der Genehmigung der heutigen Unterkunft die Schadstoffemissionen der benachbarten Lackiererei eine große Rolle spielten und die Erfüllung der daraus resultierenden Abstandsgebote nicht abgeschätzt werden können. Darüber wird im Baugenehmigungsverfahren zu sprechen sein. Offen ist ferner, ob es sich um feste Bauten handeln soll oder um Wohncontainer - der Bezirksausschuss bevorzugt mit Blick auf die Wohnqualität eindeutig feste Bauten.

Vor diesem Hintergrund wird der Erweiterung nicht zugestimmt, vor allem keiner von vornherein unbefristeten. Für eine Zustimmung zur Erweiterung bedürfte es deutlich intensiverer Integrationsanstrengungen, beispielsweise auch im Hinblick auf die Stärkung der benachbarten Utopia-Einrichtung. Darüber hinaus wird Wert gelegt auf eine gleichmäßige stadtweite Verteilung der Einrichtungen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kauer
Vorsitzender des BA 16
– Ramersdorf-Perlach –